

27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

Gerechtigkeit und Taten – Klimaverhandlungen in Bali zum Erfolg machen

Auf der kommenden Weltklimakonferenz in Bali steht der internationale Klimaschutz vor einer Wegscheide. In Bali müssen die Weichen gestellt werden, damit spätestens 2009 ein verbindliches Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll beschlossen wird. Entweder gelingt es dort, erfolgreiche Verhandlungen über ein verbessertes „Kyoto-Plus“-Abkommen einzuleiten, mit einem klaren Zeitrahmen, ehrgeizigen Zielen und neuen AkteurInnen. Oder der internationale Klimaschutz gerät ins Stocken, mit dramatischen Folgen für Klima, Mensch und Umwelt. Der Einsatz, um den es in Bali geht, ist hoch. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung schon im Vorfeld der Klimakonferenz alles Erforderliche tut, um die Verhandlungen zum Erfolg zu führen.

Klimaschutz braucht Taten

Nur wer im eigenen Land entschlossen handelt, kann in Bali glaubwürdig verhandeln. Deshalb muss die Bundesregierung endlich ihre klimapolitischen Hausaufgaben machen. Noch vor Beginn der Bali-Konferenz muss die Bundesregierung darlegen, wie sie 40% weniger CO₂ bis 2020 erreichen will – die bisher angekündigten Maßnahmen reichen dazu bei weitem nicht aus. Das Klimapakete der Bundesregierung muss erheblich nachgebessert und ohne Abstriche umgesetzt werden. Daneben sind grundlegende Strukturveränderungen zugunsten des Klimaschutzes unerlässlich: Die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke, deren Bau eine klimaschädliche, CO₂-intensive Energieversorgung für Jahrzehnte zementieren würden. Der konsequente Abbau von Steuersubventionen für Klimasünder wie Billigflieger und verbrauchsstarke Dienstwagen. Und die Schaffung von mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten, um innovativen Anbietern faire Marktchancen zu geben. Gefragt sind jetzt konkrete Maßnahmen und Gesetze - Ankündigungen und Absichtserklärungen gab es von der Bundesregierung schon genug.

Es muss ein neuer Finanzierungmechanismus zum Erhalt der Urwälder etabliert werden, der der zentralen Bedeutung der Urwälder für den Klimaschutz Rechnung trägt. Die Verbreitung von klimafreundlichen Technologien in Entwicklungsländern wird einerseits durch mangelhafte Wissensgrundlagen behindert, andererseits bestehen starke Hindernisse durch geschützte Rechte an geistigem Eigentum. Wir begrüßen, dass dieses Thema ein Schwerpunkt der Verhandlungen in Bali sein wird und fordern die Beseitigung dieser Hindernisse im Rahmen des UNFCCC und des Kyoto-Protokolls sowie die Schaffung positiver Anreize

für Investitionen in nachhaltige Technologien.

Klimaschutz braucht Gerechtigkeit

Die Klimaverhandlungen werden nur erfolgreich sein, wenn sie eine gerechte Verteilung der Klimaschutzaufgaben im globalen Maßstab anstreben. Das erfordert das Anerkenntnis der Industriestaaten, dass sie als Hauptverursacher des Klimawandels auch die größten Lasten schultern und ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um mindestens 80% senken müssen. Hingegen kann es bei den Schwellen- und Entwicklungsländern nur um eine schrittweise Einbeziehung in den Klimaschutzprozess gehen, z.B. über sektorspezifische Ziele oder Ziele der Energieproduktivität. Auch dabei ist den großen Unterschieden etwa zwischen China mit über 3,5 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf und afrikanischen Ländern mit zum Teil 0,3 Tonnen und weniger Rechnung zu tragen. Leitbild der Verhandlungen muss das grundlegende Gerechtigkeitsprinzip der Gleichberechtigung der Menschen in Nord und Süd sein. Atmosphäre und Klima sind Gemeinschaftsgüter aller Menschen. Daher sind wir gemeinsam verpflichtet, sie zu schützen, und haben alle gemeinsam die gleichen Rechte sie zu nutzen. Nur eine Regelung, die jeder Person gleiche Emissionsrechte von Klimagasen zugesteht, hat die Chance, weltweit als gerecht anerkannt und akzeptiert zu werden. Wir unterstützen daher nachdrücklich die Idee gleicher Emissionsrechte pro Kopf und fordern, diesen Grundsatz im Rahmen der Klimaverhandlungen zu verankern.

Klimaschutz braucht Bewegung

Die Jahrhundertaufgabe des Klimaschutzes können wir nicht allein der Politik überlassen. Wir brauchen eine starke Bürgerbewegung für den Klimaschutz, die Wirtschaft und Politik zum Handeln antreibt. Und es gibt in diesem Bereich viele Entwicklungen, die Mut machen: Der Zusammenschluss von über 70 Organisationen zu einer Klima-Allianz. Die große Zahl lokaler Bürgerinitiativen gegen den Neubau von Kohlekraftwerken, die an vielen Orten auch schon Erfolg hatten. Und die vielen Beispiele für entschlossenes Klimaschutz-Engagement in den Kommunen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN unterstützen die weltweiten Aktionen von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zur Bali-Konferenz. Der 8. Dezember wird ein internationaler Aktionstag für den Klimaschutz werden. Nachdrücklich rufen wir dazu auf, an den Demonstrationen und Menschenketten am 8. Dezember teilzunehmen. Denn Klimaschutz braucht beides: Eine andere Politik und eine engagierte Zivilgesellschaft!